

# RS OGH 2000/1/27 8ObS219/99k, 8ObS94/00g, 8ObS119/02m, 8ObS17/06t, 8ObS3/08m, 3Ob150/10w, 8ObS9/10x,

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 27.01.2000

## Norm

AVRAG §3

EWG-RL 77/187/EWG - Betriebsübergangsrichtlinie 377L0187 Art3 Abs1

IESG allg

## Rechtssatz

Die Erlangung von Insolvenz-Ausfallgeld ist vom Schutzzweck des AVRAG nicht erfasst, geht es doch nach dem maßgeblichen Zweck des Art 3 Abs 1 der Richtlinie 77/187 EWG, der durch § 3 AVRAG umgesetzt wurde, ausschließlich darum, bei einem Wechsel des Unternehmensinhabers das bestehende Arbeitsverhältnis mit sämtlichen den Arbeitgeber treffenden Rechten und Pflichten soweit wie möglich unverändert aufrecht zu erhalten. Dieser Schutzzweck spricht dagegen, das Arbeitsverhältnis mit dem insolventen Veräußerer getrennt von jenem mit dem Übernehmer zu sehen und lässt auch nicht einsichtig erscheinen, warum ein Teil der auf den Übernehmer übergegangenen Arbeitgeberpflichten vom Fonds getragen werden sollte.

## Entscheidungstexte

- 8 ObS 219/99k  
Entscheidungstext OGH 27.01.2000 8 ObS 219/99k
- 8 ObS 94/00g  
Entscheidungstext OGH 30.03.2000 8 ObS 94/00g  
Ähnlich
- 8 ObS 119/02m  
Entscheidungstext OGH 19.09.2002 8 ObS 119/02m

Vgl auch; Beisatz: Das Bestehen der Solidarschuldnerschaft des Übergebers mit dem Übernehmer schließt einen Anspruch auf Insolvenz-Ausfallgeld aus. Die gesamtschuldnerische Haftung des Veräußerers greift in diesem Fall nur dann ein, wenn der Arbeitnehmer die rückständigen Forderungen beim Erwerber nicht einbringlich machen kann, respektive wenn der Erwerber wegen Fehlens der Voraussetzungen des § 1409 ABGB nicht haftet. Dem Sicherungszweck des IESG würde es widersprechen, derartige Ansprüche zu sichern, wenn sich der Arbeitnehmer Zahlung auch bei einem Dritten, nämlich dem solidarisch haftenden Übernehmer, verschaffen könnte. Das IESG dient nicht dazu, den Übernehmer (außer im Fall eines Konkursverfahrens über den bisherigen Unternehmer;

diese Ausnahme hat andere Gründe) von seiner gesetzlichen Haftung nach § 6 Abs 1 iVm § 3 Abs 1 AVRAG faktisch zu entbinden. (T1); Beisatz: Die vom Obersten Gerichtshof bisher für den Fall der Insolvenz des Betriebsveräußerers geprägten Grundsätze gelten auch für den gleichgelagerten Fall, dass der Erwerber (Pächter) in Insolvenz verfällt und ein solidarisch haftender Veräußerer (Verpächter) vorhanden ist. (T2)

- 8 ObS 17/06t

Entscheidungstext OGH 23.11.2006 8 ObS 17/06t

Vgl auch; Beisatz: Das Bestehen der Solidarschuldnerschaft des Übergebers mit dem Übernehmer schließt einen Anspruch auf IESG aus. Dem Sicherungszweck des IESG würde es widersprechen, derartige Ansprüche zu sichern, wenn sich der Arbeitnehmer Zahlung auch bei einem Dritten, nämlich dem solidarisch haftenden Übernehmer, verschaffen könnte. (T3)

- 8 ObS 3/08m

Entscheidungstext OGH 10.07.2008 8 ObS 3/08m

Vgl auch; Beisatz: Das Bestehen der Solidarschuldnerschaft des Übergebers mit dem Übernehmer schließt einen Anspruch auf IESG aus. (T4)

- 3 Ob 150/10w

Entscheidungstext OGH 14.12.2010 3 Ob 150/10w

Ähnlich

- 8 ObS 9/10x

Entscheidungstext OGH 22.03.2011 8 ObS 9/10x

Auch; Beisatz: Ansprüche auf Insolvenzzuschlag bestehen bei Insolvenz des Erwerbers und nunmehrigen Arbeitgebers, ohne dass darauf abzustellen wäre, ob der Veräußerer insolvent ist. (T5); Beis ausdrücklich gegenteilig wie T1; Beis ausdrücklich gegenteilig wie T2; Veröff: SZ 2011/34

- 8 ObS 2/12w

Entscheidungstext OGH 24.10.2012 8 ObS 2/12w

Vgl auch; Beisatz wie T4

#### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:2000:RS0113055

#### **Im RIS seit**

26.02.2000

#### **Zuletzt aktualisiert am**

29.04.2013

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2024 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)